

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den ... abem Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in ...
Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Bezugspreis: die halbjährliche Raumzelle 20 Goldpfennig, die 4 getheilte Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 getheilte Reklametzelle im täglichen Teile 100 Goldpfennig. ...
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 15 — 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 18. Januar 1926

Kommt eine Besserung?

Sollten wirklich jene recht haben, die der Ansicht sind, wir befänden uns wirtschaftlich auf dem tiefsten Punkt des Niederganges? Die Sanierungsstrategie habe so gründlich gearbeitet, daß wir jetzt auf festem Boden stehen und nicht mehr einsinken, sondern endlich wieder, wenn auch mühsam, vorwärtschreiten können? Die Börse glaubt es anscheinend, da sie die Hausse fortsetzt, neu angetrieben durch den endlich zustande gekommenen und doch zum mindesten grundsätzlich vereinbarten Montan-Kontrakt. Natürlich ist es abwegig, wenn der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, verkündet, Deutschland werde es bald so gut gehen, daß die Jahreszahlungen für 1927/28 und für 1928/29 herausgesetzt werden könnten. Denn die eigentliche Last des Londoner Paktens sinkt ja erst im September 1926 auf unsere Schultern; bis dahin haben wir eine sogenannte Schonzeit. Und wenn man jetzt in Amerika der Ansicht ist, man müsse an eine Umgestaltung des Dawes-Planes nach der Richtung herangehen, daß man den Betrag der deutschen Zahlungen abhängig macht von der Gestaltung der deutschen Handelsbilanz, so muß dazu gesagt werden, daß einmal der Dawes-Plan selbst schon gewisse Anpassungsmöglichkeiten an die Lage der deutschen Wirtschaft vorsieht — allerdings nur in der Richtung einer Herabsetzung der vorgesehenen Jahreszahlungen — mit dem Vorbehalt also nicht wesentlich Neues geboten wird; zum andern: die Handelsbilanz, auch wenn sie aktiv ist, bedeutet damit auch, daß das Vermögen des deutschen Volkes zunimmt; auch wenn die deutsche Wareneinfuhr größer ist als die Wareneinfuhr, können wir von unserem Vermögen zusehen, weil wir nicht bloß Waren exportieren, sondern auch Geld oder Geldwerte wie Anweisungen u. dergl.

Das aber tun wir leider in jetzt schon erschreckend hohem Maße. Es soll hier nicht gesprochen werden von den Zahlungsverpflichtungen auf Grund des Dawes-Planes, sondern von der einfachen Tatsache, daß wir an das Ausland ganz enorm verschuldet sind. Nach einer ziemlich eindringenden Schätzung haben wir vom Ausland, in der Hauptsache von Amerika und England, lang- und kurzfristige Kredite im Betrage von 3,5 Milliarden erhalten; die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen bezwecken die Herabnahme einer weiteren Milliarde. Damit sind wir dann in einer Höhe an das Ausland verschuldet, die etwa der Verschuldung des Auslandes an uns in der Vorkriegszeit entspricht. Nur ist das schlimmste dabei, daß die Zinstafel, die wir zu tragen haben, leider die doppelte Höhe hat und sich jetzt auf etwa 250 Millionen Mark beläuft. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Zahlungsbilanz Deutschlands — alles, wie gesagt, noch ohne Rücksicht auf die Dawes-verpflichtungen — schwer passiv ist, trotz Aktivität der Zahlungsbilanz.

Diese schwere Verschuldung Deutschlands hat nun aber eine für unsere Gläubiger nicht gerade angenehme Folge: wenn es uns wirtschaftlich oder finanziell schlecht geht, dann leiden sie selbst erheblich darunter; das bei uns investierte ausländische Kapital gerät in Gefahr. Eventuell muß man, um dieses zu retten, uns noch mehr pumpen, daher das in letzter Zeit gezeigte starke Interesse Amerikas an der deutschen Wirtschaft. Man muß sie lebensfähig erhalten, einfach weil man in dieses Geschäft schon allzuviel hineingesteckt hat. Man hat jetzt eine Finanzgesellschaft gegründet zu dem alleinigen Zweck, bei Baissen an den deutschen Börsen zu intervenieren, damit — die amerikanischen Besitzer deutscher Aktien keine allzu großen Verluste erleiden. Jetzt kommt sogar die Nachricht, daß England und Amerika eine Vonderreservebank für Europa gründen wollen, die den notleidenden Nationen des Kontinents auf die Beine helfen und damit ihre Kaufkraft stärken soll.

Wenn man also will, kann man dieses immer stärker werdende Interesse Amerikas an dem Schicksal der deutschen Wirtschaft nicht zuletzt auch als ein Symptom dafür auffassen, daß das Ausland uns für hinweggekommen über den tiefsten Punkt der Wirtschaftskrise erachtet, weil man — der Amerikaner zu allererst — doch kein Geld in ein Geschäft hineinsteckt, das man für hoffnungslos verloren ansieht.

Louis Hagens Ansicht.

In einer Sitzung der Industrie- und Handelskammer in Köln wurden sowohl der erste Vorsitzende, der bekannte Finanzmann Geheimrat Louis Hagen, wie auch die drei stellvertretenden Vorsitzenden einstimmig wiedergewählt. Geheimrat Hagen nahm darauf das Wort zu einem kurzen Rückblick und einer Auschau auf das kommende Jahr. Er betonte, daß das abgelaufene Jahr für die deutsche Wirtschaft von katastrophaler Wirkung gewesen sei. Das Mißtrauen, der schlimmste Feind jeder Wirtschaft, habe von Tag zu Tag zugenommen, doch zeigten sich schon gewisse Anzeichen einer Besserung. Dazu gehöre, daß der deutsche Geldmarkt, wenn auch nur mit kurzfristigem Gelde ausgestattet, doch ein anderes Aussehen bekommen habe als im Laufe des vergangenen Jahres. Ein weiteres Zeichen der beginnenden Besserung sei die Annahme der Wechsel. Alle unsere Bemühungen müßten darauf gerichtet sein, die politischen Parteien zu

Das voraussichtliche Kabinett Dr. Luthers.

Am Mittwoch Regierungserklärung.

Den Bemühungen Dr. Luthers ist es nunmehr gelungen, neue Männer für sein zweites Kabinett, das ein Ministerium der Mitte sein soll, zu gewinnen. Im Reichstag wurde folgende Ministerliste genannt, an deren Zusammenlegung hier und da vielleicht noch eine kleine Änderung eintreten kann:

- Reichskanzler: Dr. Luther.
- Außenminister: Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei).
- Innenminister: Koch (Demokrat).
- Finanzminister: Dr. Reinhold (Demokrat).
- Zustizminister und Minister für die besetzten Gebiete: Marx (Zentrum).
- Wirtschaftsminister: Bärger (Zentrum).
- Reichswehrminister: Dr. Gehler.
- Ernährungsminister: Hepp (Deutsche Volkspartei).
- Arbeitsminister und Minister für die besetzten Gebiete: Reich (Zentrum).
- Verkehrsminister: Dr. Krohne (Deutsche Volkspartei).
- Postminister: Stinag (Bayerische Volkspartei).

In dieser Liste fehlt noch die Zustimmung der Fraktionen, denen die in Aussicht genommenen Minister angehören. Diese Zustimmung soll am Montag nachgeholt werden, so daß dann am Dienstag die offizielle Vertretung des Kabinetts erfolgen würde. Sollten die Verhandlungen nunmehr glatt verlaufen, so würde die Regierungserklärung des neuen Reichsministeriums am Mittwoch im Reichstag erfolgen.

Die größten Schwierigkeiten hat die Besetzung des Innenministeriums gemacht, um das ein harter Kampf zwischen Deutscher Volkspartei und Demokraten ausgefochten wurde. Wie aus der Ministerliste ersichtlich ist, ist dieser Kampf zugunsten der Demokraten entschieden worden. Der Abg. Koch, der künftige Reichsinnenminister, hat dieses Ministerium bereits von 1919 bis 1921 bekleidet. Dr. Gehler, der seine Rücktrittsabsichten wiederholt bekräftigt hat, hat sich durch letzte Vorstellungen des Reichsarbeitersministers Brauns bewegen lassen, das Reichswehrministerium weiter zu behalten. Nach Mitteilung demokratischer Mitglieder soll er allerdings hierbei zur Bedingung gemacht haben, daß den Ministern der Demokraten bei der Stellenbesetzung der Ministerposten Rechnung getragen wird.

Die neuen Minister.

Der in Aussicht genommene Reichsfinanzminister Dr. Peter Meinhof ist im April 1920 sächsischer Finanzminister geworden. Er steht heute im Alter von 38 Jahren. Vor seiner Vertretung in der sächsischen Regierung war er Verleger des „Neuplatz-Tagblattes“. Schon vor einem Jahre hatte ihn Dr. Luther als Reichsfinanzminister in Aussicht genommen. — Der neue Reichswirtschaftsminister Dr. Robert Bärger ist Direktor des Schaatsbankenschen Bankvereins in Köln. Er ist aus der Preussenschiffbauherstellung hervorgegangen, ist früher Kontrolleur in Münster gewesen und leitet als Geheimrat Finanzrat aus dem Preuss. in den Schaatsbankenschen Bankverein eintraten. — Der neue Reichsernährungsminister Karl Hepp lebt im Alter von 37 Jahren. Er ist vom Wahlkreis 18 (Sachsen-Nord) in den Reichstag entsandt worden, dem er seit 1920 angehört. Er ist von Beruf Landwirt und auf der Liste des Landbundes gewählt und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen. Er ist einer der Präsidenten des Reichslandbundes.

Abzuziehen, daß die Verhältnisse im Innern konsolidiert werden müßten. Alle Regierungen Europas müßten darum bemüht sein, die Inflation zu beseitigen.

Der „Transfer“.

Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.
Der das Wort „Transfer“ im englischen Wörterbuch aufschlägt, findet da die deutsche Bedeutung „Ueberweisung“ angegeben. Im Londoner Zahlungsplan vom 30. August 1924 (dem sogenannten Dawes-Programm), durch den unsere Reparationsverpflichtung neu geregelt wird, bedeutet „Transfer“ die Ueberweisung der Geldsummen, die wir in Reichsmark auf das Berliner Konto des Reparationsagenten einzahlen, an die empfangsberechtigten Staaten und zwar in fremder Währung. Man hat den „Transfer“ nicht mit Unrecht als den wesentlichsten Teil des ganzen Londoner Reparationsabkommens bezeichnet. Wenn wir uns genauer Rechenschaft davon ablegen, welche Rolle Deutschlands Reparationsverpflichtungen beim Zusammenbruch der deutschen Währung gespielt haben, so müssen wir zugeben, daß es nicht eigentlich die Zahlungen der Beträge durch Reich und Wirtschaft, sondern vielmehr die Ueberweisung dieser in Dollar, Franken und Pfunde-Sterling umgewandelten Markbeträge an das Ausland gewesen ist, was die Reichsmark zugrunde gerichtet hat. Wären die Markbeträge damals in Deutschland geblieben, und wären sie etwa gar der Wirtschaft in Form von Darlehen wieder zugeleitet worden, so wäre die Inflation, besonders im Jahre 1921, nicht so plözlich in Gang gekommen. Der Agent für die Reparationszahlungen, der Amerikaner Parker Gilbert, ist Vorsitzender eines Ausschusses von Ausländern, die für den Transfer zu sorgen haben. Ansonderheit soll

Der Streit um die Fürstenabfindung.

Schiedsgericht oder Volksentscheid?

Bei den Verhandlungen der Parteien des Reichstages über die Regierungsbildung sind auch die Fragen der Fürstenabfindung mehrfach besprochen worden.

Zwischen den Mittelparteien sollen dabei Vereinbarungen erzielt worden sein, die einem Gesetzentwurf, der demnächst dem Reichstag zugehen soll, zur Grundlage dienen. Dieser Gesetzentwurf will die Einsetzung eines besonderen Schiedsgerichts beim Reichsgericht in Leipzig vorsehen.

Es wird nicht nur über alle Abfindungs-, sondern auch Auswertungsansprüche der ehemaligen Fürsten zu entscheiden haben. Dieses Schiedsgericht wird aus Berufsrichtern und hohen Verwaltungsbeamten zusammengesetzt sein. Die Entscheidungen, die es fällt, sollen sich auf die im Gesetz fest aufgestellten Grundsätze stützen, an die das Schiedsgericht gebunden ist. Die Entscheidung dieses Schiedsgerichts soll dann endgültig sein. Ausgenommen sind Abfindungsansprüche, die durch Vergleich oder durch gerichtliches Urteil bereits erledigt sind.

Dagegen hat der sozialdemokratische Parteivorstand dem am Dienstag zusammentretenden Parteiausschuß vorgeschlagen, die organisatorische Vorbereitung für einen Volksentscheid über die Fürstenabfindung zu treffen.

Dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses des Reichstages, Abg. Dr. Kahl, ist ein Telegramm des Bevollmächtigten des Herzogs von Sachsen-Coburg und Gotha zugegangen, in dem die Nachrichten über eine Auslandsanteile unter hypothekarischer Belastung des herzoglichen Hausvermögens entschieden in Abrede gestellt werden.

Drückerlei in der italienischen Kammer.

Kaufkampf in den Wandelgängen.

In der italienischen Kammer kam es wieder zu heftigen Kämpfen zwischen den Abgeordneten der Popolari und laicistischen Kammermitgliedern, da der Sprecher der Popolari, von denen etwa 20 in der Kammer erschienen waren, erklärte, daß die Partei in Zukunft den Sitzungen fernbleiben werde. Auch Mussolini tritt in die Debatte ein, indem er sich gegen die Aussetzung der Kammeritzungen für drei Tage ausgesprochen. Er verlangte, daß am Sonntag die Debatte fortgesetzt werden müßte, da die Regierung den Vorwurf der Popolari nicht auf sich sitzen lassen könne, die Regierung sei für die Ermordung Matteotti mit verantwortlich. Er verlangt von der Partei die Zurücknahme dieser Behauptung. Sollte ein Widerruf nicht erfolgen, so müsse er beantragen, daß die Partei von den weiteren Sitzungen ausgeschlossen werde. Dem Antrag Mussolinis auf Fortsetzung der Debatte am Sonntag wurde stattgegeben.

Nach Schluß der Sitzung kam es dann zu einem Zwischenschritt zwischen laicistischen Abgeordneten und zu den Popolari-Gruppe gehörenden Abgeordneten der Popolari Partei. Es kam zu Zusammenstößen, in deren Verlauf einige Abgeordnete Faustschläge erlitten. Ein Abgeordneter soll hierbei verwundet worden sein.

vermieden werden, daß die deutsche Währung einen neuen Sturz erleide. Darum überweist der Reparationsagent im Endernehmen mit dem „Transferkomitee“ nur soviel, wie sich mit der Rücksicht auf die deutsche Währung vereinigen läßt. Es liegt auf der Hand, daß diese Summe nicht zu allen Zeiten gleich sein kann. Vielmehr muß das Transferkomitee bei jeder in Aussicht genommenen Ueberweisung aufs neue überlegen, ob sie im obigen Sinne „ungefährlich“ ist, — ungefährlich nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Alliierten, die ja mit den deutschen Zahlungen rechnen und um jeden Preis vermeiden wollen, daß Deutschland durch abermaligen Abfällen seiner Währung eine neue glänzende Exportkonjunktur auf Kosten der übrigen Weltwirtschaftsländer erhält. Wenn nun — wie von Frankreich nachdrücklich gefordert wird, und wie es auch im Dawes-Plan ausdrücklich vorgelesen ist — ein Teil der deutschen Schuldverpflichtungen, die als Sicherheit unserer Zahlungen dienen, im Ausland an private Geldleute verkauft werden, so müssen entsprechende Beträge vom Berliner Reparationskonto für eine längere Zeit zur Zahlung angewiesen werden. Damit gibt aber das Transferkomitee sein wichtiges Recht, jede Einzelszahlung zu bewilligen, zum Teil aus der Hand und verliert die Möglichkeit, die deutsche Währung in Notfälle zu schützen. Das ist der wichtigste Einwand gegen die Ueberweisung eines Teil der deutschen Einnahmen und Industrie-Schuldverpflichtungen zu „mobilisieren“ (d. h. zu Bargeld zu machen). Wenn Deutschland — das leinerlei ein Recht auf den Schutz aus den Transferbestimmungen hat — dem französischen Wunsch zustimmt, so kann das nur geschehen, wenn Frankreich sich damit einverstanden erklärt, daß die genannte deutsche Zahlungsverpflichtung auf das für uns erträgliche Maß herabgesetzt wird.